



SÜDWEST PRESSE vom 18.05.2019, Seite 6 / SÜDWESTUMSCHAU

## Unterschriften für Biene & Co.

Zuerst müssen 10 000 Baden-Württemberger unterschreiben. Wenn das Volksbegehren "Rettet die Bienen" dann die Prüfung durchs Innenministerium schafft, sind rund 770 000 nötig. "Das ist nicht ohne, aber wir haben jetzt schon viel Unterstützung", sagt Tobias Miltenberger. Der Imker vom Stuttgarter Institut "ProBiene für ökologische Bienenhaltung" ist einer der Initiatoren. Vorbild ist das erfolgreiche Artenschutz-Volks begehren in Bayern. In Baden-Württemberg passiere zwar mit der Grünen-Regierung im Naturschutz mehr als in Bayern, sagt Miltenberger. Das Artensterben sei aber nicht gestoppt.

Seit Februar arbeiten Juristen an der Gesetzesvorlage für das Südwest-Volksbegehren. "Für einen besseren und verbindlichen Schutz der Artenvielfalt muss das Naturschutz- und das Landwirtschaftsgesetz an einigen Punkten geändert werden", sagt der Volksbegehren-Koordinator Sven Prange. Der Artenschutz soll ins Gesetz, außerdem die Verringerung von Pestiziden in Naturschutz- und Biotopverbund-Gebieten.

Ins Naturschutzgesetz soll ein stärkerer Bestandsschutz für Streuobstwiesen, ins Landwirtschaftsgesetz mehr Förderung des Ökolandbaus, das Ziel sind 50 Prozent Anteil bis 2050. Landesflächen sollen ökologisch bewirtschaftet werden, der Flächenanteil der ausgebrachten Pestizide bis 2025 um die Hälfte verringert sein. Alles, um das Artensterben zu stoppen, den Rückgang von Bienen, Schmetterlingen, Fischen, Vögeln, Wildkräutern.

Mehr als 60 Gruppen

Erster Unterstützer war der Demeter-Anbauverband mit über 500 Betrieben Heute sind es über 60 Gruppen: Slowfood, ÖDP, Unternehmensgrün, auch die großen Naturschutzverbände Bund für Umwelt und Naturschutz und Naturschutzbund Nabu mit fast 200 000 Mitgliedern. Kommenden Sonntag, am Tag vor dem "Weltbienentag", beginnt das Sammeln der Unterschriften am Aktionstag um 11 Uhr auf dem Züblin-Parkhaus in Stuttgart.

Die Forderungen seien gesetzlich machbar, sagt Miltenberger. Natürlich sei es ein Riesending, 10 000, dann 770 000 Unterschriften zu sammeln. "Aber das geht. Das hat in Bayern funktioniert, wir schaffen das auch."

Die Forderungen seien auf Baden-Württemberg zugeschnitten, deshalb mache der BUND mit, sagt dessen Landeschefin Brigitte Dahlbender. Die grün geführte Regierung mache sehr viel, ja. "Es muss aber mehr passieren gegen das Insektensterben." Adressat sei zudem die ganze Regierung, auch die CDU. "Wir müssen viele sein", sagt Dahlbender, "aber wir sind überzeugt, dass es klappen kann."

"Viel Erfolg" wünscht die Grünen-Landeschefin Sandra Detzer dem Volksbegehren. "Uns eint das Ziel, die Artenvielfalt wirksam zu schützen", sagt sie. "Wir wollen eine Pestizidreduktionsstrategie, die diesen Namen verdient. Wir werden die Öko-Landwirtschaft weiter ausbauen und Landesflächen ökologisch bewirtschaften. Je mehr Unterstützung wir aus der Zivilgesellschaft für diesen Weg haben, desto besser."

Die SPD-Fraktion, deren Kita-Volks begehren vom Innenministerium Anfang März gestoppt wurde, stehe dem Bienen-Volksbegehren "sehr aufgeschlossen gegenüber", sagt Fraktionschef Andreas Stoch. "Wir werden den Gesetzentwurf mit großem Interesse lesen. Sicher ist aber schon heute, dass das Volksbegehren viele Unterzeichner aus unseren Reihen finden wird."

"Wir begrüßen jede Initiative, die dem Thema Artenvielfalt und Biodiversität nützt", sagt **Raimund Haser**, der naturschutzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Mehr Ökolandbau sei bereits Ziel der Regierung, eine Pestizid-Verringerungsstrategie komme, ein Artenmonitoring sei in der Landesstrategie Biodiversität verankert und finanziert, mit den Landschaftserhaltungsverbänden werde der Naturschutz in die Breite gebracht. "Wir sind gespannt, inwiefern uns das geplante Volksbegehren weiterbringt. Das Gute daran ist: Es erzeugt Aufmerksamkeit für eines der wichtigsten Themen unserer Zeit", sagt Haser.

Beim Landesbauernverband wundert man sich über das Volksbegehren ausgerechnet im "Musterland" für Natur- und Artenschutz. "Wird nicht anerkannt, was die grün-geführte Landesregierung als bundesweiter Vorreiter hier leistet?", fragt ein LBV-Referent. Mit einer Vielzahl von Förderprogrammen sei Baden-Württemberg bundesweit ein Vorreiter. 2018 habe es allein rund 160 Millionen Euro für Natur- und Artenschutz in der Landwirtschaft bereitgestellt, sagt LBV-Hauptgeschäftsführer Peter Kolb.

Und die Bauern machten mit: 400 000 Hektar Fläche sind laut LBV in den Umwelt-, Klima- und Artenschutzprogrammen, 14 Prozent Anteil habe die Öko-Agrarfläche, auf einem Viertel der Fläche werde schon auf chemisch-synthetische

Pflanzenschutzmittel verzichtet.

Auch in Zukunft wolle man die Gesellschaft mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen, teilt Kolb mit. "Deshalb muss es einen gesellschaftlichen Konsens geben, damit auch die Wirtschaftlichkeit der landwirtschaftlichen Betriebe gegeben ist." Der Naturschutz dürfe nicht "zum Treiber des Strukturwandels" werden.





*Bienen und andere Insekten sollen besser geschützt werden. Das fordert eine Volksbegehren-Initiative. Foto: Wolfgang Kumm/dpa*

**Schritte bis zu einer Volksabstimmung** 1. Ein Zulassungsantrag mit dem Gesetzesantrag muss von 10 000 wahlberechtigten Baden-Württembergern unterschrieben werden. Dafür gibt es noch keine Sammelfrist. 2. Prüfung durchs Innenministerium, ob der Antrag verfassungskonform und zulässig ist. Falls ja, wird ein Zeitraum fürs Volksbegehren festgesetzt. 3. Erfolgreich ist es, wenn dann ein Zehntel der Wahlberechtigten (rund 770 000 Menschen) unterschreibt. Gesammelt werden kann sechs Monate lang überall. 4. Zu einer landesweiten Volksabstimmung kommt es, wenn genug Unterschriften zusammenkommen und der Landtag der Gesetzesvorlage nicht unverändert zustimmt. 5. Das beantragte Gesetz ist angenommen, wenn es die Mehrheit der gültigen Stimmen erreicht und mindestens ein Fünftel aller Stimmberechtigten zugestimmt hat.

*Von Alfred Wiedemann*





Bildunterschrift: Bienen und andere Insekten sollen besser geschützt werden. Das fordert eine Volksbegehren-Initiative. Foto: Wolfgang Kumm/dpa

**Quelle:** SÜDWEST PRESSE vom 18.05.2019, Seite 6


**Ressort:** SÜDWESTUMSCHAU

**Dokumentnummer:** IRA-43214251

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.genios.de/document/SWP\\_\\_9a8c65623c04d0a295d63384737e2bc69805eec9](https://www.genios.de/document/SWP__9a8c65623c04d0a295d63384737e2bc69805eec9)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Neue Pressegesellschaft mbH & Co. KG

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH